

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für
das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschnau, Kutschappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Grüna, Mittelbach, Ullersprung, Kirchberg, Erbach, Weißen und Mühlberg.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 5,40 Mk., monatlich 1,80 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer
Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto:
Leipzig 23 164.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpuszeile 30 Pfg., auswärts 40 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachsch. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Besondere aus. Bei unangenehmer Entziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 288

Sonnabend, 13. Dezember 1919

69. Jahrg.

Die deutsche Antwortnote.

Das Reichsministerium hat am Donnerstagvormittag die Beratung der Antwortnote an die Entente zu Ende geführt. Die Note ist sofort telegraphisch nach Paris übermittelt worden. Ueber ihren Inhalt wird an amtlichen Stellen Schweigen beobachtet. In parlamentarischen Kreisen verlautet jedoch, daß neben der Anfrage, ob unsere Auslegung der militärischen Schlusssätze zutreffend ist, auch das Angebot in der Note enthalten ist, sofort auf Anru eine Kommission von Sachverständigen nach Paris zu entsenden, die der Entente den Nachweis erbringen soll, daß die Ablieferung der 400 000 Tonnen uns den wirtschaftlichen Ruin bringen muß.

Was von der Neutralität zu halten ist, die Entente durch hofisches Anfragen und sachliche Belehrungen umstimmen zu wollen, ist schon des Oefteren hervorgehoben worden. Weib nur noch festzustellen, daß die Regierungsmänner, die vor ihrer Berufung zu Amt und Würden den Kampf gegen die Scheindiplomatie auf ihre Fahnen geschrieben hatten, sich in Fragen, die das Leben des ganzen deutschen Volkes berühren, nicht um ein Jota besser benehmen, als die von ihnen so bitter bekämpften Staatsmänner des alten Regimes.

Die deutsche Industrie gegen Erzberger

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, wie aus Berlin gedruckt wird in der gestrigen Sitzung seines Hauptausschusses einhellig folgende Entscheidung angenommen: Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie vermahnt sich nachdrücklich gegen die übereilte und planlose Art, in welcher die Regierung versucht, die erforderlichen Steuerlasten des deutschen Volkes zu erhöhen. Die deutsche Industrie ist von der Notwendigkeit größter Opfer für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Reiches und für die Erfüllung der Friedensbedingungen überzeugt und durchaus bereit, auch schwere Abgaben von Besitz und Einkommen zu leisten, sie muß aber nochmals davor warnen, daß diese Abgabe, wie es im Reichsnoteper und in den darauf gefaßten Steuerentwürfen der Fall ist, die ganze deutsche Wirtschaft blutet und die Gesundung unserer Produktionskräfte unmöglich machen. Es ist völlig unrichtig, daß sich die Vertreter der deutschen Industrie für das Reichsnoteper und gegen die Zwangsanleihe ausgesprochen hätten.

Entscheidend für die Stellungnahme der deutschen Industrie gegen das Reichsnoteper ist aber nicht sowohl seine Steuerwirkung, als vielmehr die Tatsache, daß auch heute noch keine Sicherheit für die Verwendung des Ergebnisses zum Nutzen der Reichsfinanzen besteht. Solange damit gerechnet werden muß, daß dieses Ergebnis von den Gegnern lediglich als Abschlagszahlung auf eine ihrer Höhe nach unbestimmte Entschädigungsforderung in Anspruch genommen wird, kann einem solchen Eingriff in die Substanz unseres Produktionskapitals nicht scharf genug widersprochen werden.

Die kritische Lage der Koalition in Breußen.

Das Zentrum verlangt im erweiterten Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung, daß der Geistliche dem örtlichen Schulvorstande unter allen Umständen angehören müsse. Darüber kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache, in der die Demokraten und Sozialdemokraten sich mit äußerster Schärfe gegen das Verlangen des Zentrums wandten. Das Zentrum ließ erklären, daß es von einem Entgegenkommen der übrigen Regierungsparteien in dieser Frage kein Verbleiben innerhalb der Regierungsmehrheit abhängig machen möchte. Die Regierung ließ erklären, daß durch die scharfe Haltung des Zentrums in dieser Frage eine neue Situation geschaffen worden sei, über die erst innerhalb des

Staatsministeriums eine Klärung stattfinden müsse. Die Demokraten und Sozialdemokraten erklärten in ähnlicher Weise, daß sie ihre weiteren Entschlüsse von der Entscheidung der gesamten Fraktionen abhängig machen müßten. Das Zentrum will den begonnenen Kampf mit äußerster Konsequenz durchführen. Eine Sprengung der Koalition in Breußen könnte natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse im Reich bleiben.

Oberst Reinhardt's Ausscheiden aus der Reichswehr.

Amlich wird bekanntgegeben: Oberst Reinhardt scheidet mit dem morgigen Tage aus der Reichswehr aus. Er ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Der Rückzug der Eisernen Division.

Die deutsche Legion bei Botoch in Stärke von etwa 5000 Mann erreicht. Die Spitzen der Eisernen Division haben bei Bajohn, Gorscht und Beschaiten in Gesamtstärke von etwa 6400 Mann die deutsche Grenze überschritten. Die Bahnlinie bei Botoch ist an die Litauer übergeben worden. Die Letten betreiben die Strecke Libau-Spudi. General Nischel hat ausdrücklich zugesagt, daß die lettischen Truppen auch nach der durchgeführten Räumung nach dem 13. Dezember die deutsche Grenze nirgends überschreiten würden.

Amerika verweigert finanzielle Hilfe.

Aus Washington wird mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung eine finanzielle Unterstützung in Dollars zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage in Mitteleuropa nicht für möglich hält, da die amerikanischen Kriegsgelder nur Vorschüsse an die Alliierten darstellen und die Regierung zögert, den Kongreß um eine Ausnahme zu erlauben. Kurz und bündig bedeutet diese Meldung, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen, dem englischen Vorschlag auf eine finanzielle Hilfsaktion für Mitteleuropa Folge zu leisten; England ist also wohl oder übel gezwungen, wie ein britischer Minister ja schon angekündigt hat, allein einzuspringen. So unangenehm das England und Frankreich sein muß, ihre wirtschaftliche Lage ist so schwierig, daß ihnen die finanzielle Gesundung Deutschlands dringend am Herzen liegt. Läßt diese weiter auf sich warten, so kann das nicht ohne ernste Wirkungen bleiben. Die jüngsten Kursrückgänge der englischen und französischen Valuta in den neutralen Ländern sind Zeichen, die zu denken geben.

Vorarbeiten zu einer neuen Offensive gegen Petersburg.

Der Premierminister der früheren nordwestrussischen Regierung Liakow teilte in einem Interview mit, daß einer der wesentlichen Aufgaben, die er in Paris zu erfüllen haben werde, die sei, bei Kollisch durch Vermittlung Sazonows ein Zusammenarbeiten der russischen antibolschewistischen Heere auf esthisch-finnischem Boden zu erwirken. Frankreich habe nunmehr die Initiative in der russischen Frage ergriffen und deshalb reise er nach Paris, von wo aus die Vorarbeiten zu einer neuen Offensive gegen Petersburg getroffen werden sollten.

Soweit ist also die Konjunktion in der Ostpolitik der Entente gegeben: Sowjetrußland bietet Frieden an, England ist zu Verhandlungen bereit, Frankreich plant einen neuen Feldzug gegen Petersburg und Japan unterstützt Kollisch. Das Schlagwort „Bekämpfung des Bolschewismus“ ist zum Deckmantel der reichsbedeuten wirtschaftlichen und imperialistischen Ausbeutungsbestrebungen geworden, aus deren Gezenß die wirre Lage im Osten folgt. Vorteile von dieser Politik wird schließlich nur der Bolschewismus haben. Das Verhalten der Entente verleiht die Not und das Elend Rußlands, und das ist die beste Brutstätte des Bolschewismus. Wie lange diese Politik gegen Rußland noch möglich ist, ist nicht abzusehen. Den Widerstand der Arbeiterparteien in den Ententeländern wird man, namentlich in Frankreich, nicht allzuhoch einschätzen dürfen.

Das Kohlenabkommen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei

Das neue Kohlenabkommen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei ist am 28. November in Berlin unterfertigt worden. Es wurde auf sechs Monate abgeschlossen und läuft vom 1. Dezember 1919 bis 31. Mai 1920. Insgesamt hat die Tschecho-Slowakei 260 000 Tonnen Braunkohlen monatlich an Deutschland zu liefern, wofür dieses monatlich 105 000 Tonnen ober-schlesische Kohlen abzugeben hat. Außer dieser Menge hat die Tschecho-Slowakei noch monatlich 4000 Tonnen Braunkohlen und Deutschland 3000 Tonnen ober-schlesische Kohlen an die Grenzbezirke zu liefern. Die Deutschen verpflichten sich, ihre eigenen Wagen nicht nur für die Einfuhr tschechischer Kohlen zu stellen, sondern auch die hierher zu liefernden Kohlen in ihren Wagen bis zur Bestimmungsstation zu bringen. Nur 15 000 Tonnen des monatlichen Bestandes werden in tschechischen Wagen abgefahren, so daß Deutschland 90 000 Tonnen monatlich in seinen eigenen Wagen zu befördern haben wird.

Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dez.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.
Erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend Änderung des

Bankgesetzes.

Reichsbankpräsident Havenstein begründet die Vorlage, die eine Verlängerung des Privileges der Reichsbank für das kommende Jahrzehnt fordert und die Beilegung des Reiches an dem Bankgewinn neu regelt, sowie die Organisation der Banken den durch den Friedensschluß geschaffenen Verhältnissen anpaßt.

Reichsnoteper.

Eine Reihe von Paragraphen werden nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Bei Paragraph 17 wird auf Antrag Blund (Ztr.) der vom Ausschuß hingeworfene Absatz 3 und 4 Abzüge von Gesellschaftsvermögen bei eingetragenen Genossenschaften wieder gestrichen. Zu Paragraph 18 beipflichtet Abg. Dr. Quard (Soz.) die Zusätze des Ausschusses, die infolge einer Koalition zwischen der Rechts- und dem Zentrum ein Privileg für landwirtschaftliche Grundstücke in das Gesetz hineingebracht haben. Ein entsprechender Antrag Braun-Löbe will die diesbezüglichen Abzüge wieder streichen.

Abg. Barwid (Ztr.) tritt für den Antrag Blund ein, die von den Sozialdemokraten beantragten Abzüge der Kommissionsfassung zu streichen, dafür aber einen Absatz einzutragen, wonach auf die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung Bezug genommen wird.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.) tritt für die Ausschlußfassung ein.
Abg. Blund (Ztr.): Der einzige reelle Wertmesser für Grundstücke ist doch schließlich nur der Ertrag. Wenn das Noteper mit 5. Proz. verzinst werden soll, müssen wir das Zwanzigfache des Ertrages als Wert der Grundstücke einsehen.

Der Antrag Blund wird angenommen.
Bei § 18 A bemerkt auf Anfrage des Abg. Blund Reichsfinanzminister Erzberger: Das Vermögen der Redner kann nicht nach dem augenblicklichen Wert ihrer Papiere bemessen werden. Nationale Gesichtspunkte sollen bei der Einschätzung der Schiffe maßgebend sein.

Die §§ 25 und 29 werden unverändert angenommen.
Bei § 33 bemerkt anfänglich eines Antrages Wum (Deutdn.), der abgelehnt wird, Reichsfinanzminister Erzberger, daß auch bei der Bezahlung noch nicht getilgter Beträge des Reichsnotepers für Verstorbene durch deren Erben, soweit Lebensversicherungen in Betracht kommen, möglichst Erleichterungen und Entgegenkommen seitens der Behörden statthaben sollen.

Am Antrag Blund (Ztr.) wird § 45 a

angenommen, wonach Aktiengesellschaften usw. die zur Bezahlung der Abgabe erforderlichen Mittel aus dem gesetzlichen Reservefonds entnehmen dürfen.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Antragen, kleinere Vorlagen. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Sächsische Volkstammer.

72. Sitzung.
Dresden, 11. Dezember 1919

Beginn der Sitzung 1.15 Uhr nachm.
Am Regierungstisch: Ministerpräsident Dr. Gradnauer und die Minister Harnisch, Schwarz und Nischke.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

St. Kapitel.

Für den Finanzausschuß A beantragt

Abg. Anders (D. V. B.) als Berichterstatter im Zwischenplan für den ordentlichen Haushalt des staatlichen Elektrizitätsunternehmens nach der Vorlage die Einstellungen zu bewilligen.

Die Kammer beschließt demgemäß.
Zu den Etatkapiteln aus dem Bereiche des Justizministeriums berichtet

Abg. Lehning (D. N.): Bei den Ausschlußberatungen war bekanntlich ein Antrag gestellt worden, die Regierung um Maßnahmen gegen die Ueberbürdung der Gerichte und um eine allgemeine Amnestie für alle begangenen Vergehen und Uebertretungen der Rations-Verordnungen seitens der Verbraucher zu ersuchen. Die Unabhängigen beantragten bei dieser Gelegenheit alle zurzeit schwebenden politischen Prozesse niederzuschlagen und eine Amnestie für alle wegen politischen Straftaten Verurteilten zu erlassen.

Der Berichterstatter wies überzeugend die gegenwärtige Ueberlastung der Gerichte nach und bezeichnete eine geordnete Justizpflege als Fundament des Staates. Der Ausschuß ist sich darüber einig, daß gegenüber dieser Forderung die finanzielle Frage beiseite gestellt werden muß.

Justizminister Dr. Harnisch: In keiner Zeit haben wir unter der Verhältnisse des Rechts so gelitten wie jetzt in der Zeit der Entwicklung, wo das Alte mit dem Neuen einen Riesenkampf führt. Selbst der beste Kenner des Rechts kann sich nicht mehr in den geltenden Gesetzen und Ausführungsbestimmungen zurechtfinden. 1000 Gesetze weniger wäre ein besseres Recht. Um eine Besserung anzubahnen, habe ich dieser Tage an das Reichsjustizministerium eine Eingabe gerichtet, schnellstens mit dem Reichswirtschaftsministerium zusammen Schritte zur sofortigen Herbeiführung eines klaren Rechtszustandes einzuleiten. Fast alle Justizbehörden sind seit einiger Zeit mit Arbeit überlastet. Wir haben versucht, Hilfe zu schaffen, jedoch ging das nicht so sehr schnell.

Für die Ueberlastung der Gerichte sprechen am besten die folgenden Zahlen: Die Strafkammern erledigten in den Monaten Januar bis September 1918 11 409 Strafprozesse, im gleichen Zeitraum des Jahres 1919 aber 16 663. Bei den Amtsgerichten stieg die Zahl in der gleichen Zeit von 47 000 auf 54 957. Die Gnaden-gesuche haben in diesen Jahren um 1274 zugenommen. Ich stehe dem Antrage des Finanzausschusses und auch dem Zusatzantrag der Unabhängigen durchaus sympathisch gegenüber. Aber gegen den Amnestie-Erlass für alle wegen politischer Straftaten Verurteilten sind gewichtige Bedenken zu erheben. Es erscheint nicht angebracht, daß Sachen in dieser Beziehung selbstständig vorgeht. Es kann nur ein Amnestie-Erlass für das ganze Reich in Frage kommen. Auch glaube ich für meine Person, nicht für das Gesamtministerium gesprochen zu haben, daß der Belagerungsstand seine Schuldigkeit getan hat und aufgehoben werden kann.

Abg. Fleißner (Unabh.): Ich bin von der Rede des Ministers enttäuscht. Seine sach-technischen Ausführungen verdienen zwar allgemeines Interesse, aber ich schlage der Regierung vor, in Zukunft eine andere Methode einzuschlagen. Wir haben heute eine Klassenjustiz der schlimmsten Art. Zum Beweise der Richtigkeit dieses Ausspruches verweist der Redner mehrere Beispiele anzuführen, so u. a. Marlob-Prozess und fordert bei Vertagung des Antrages